

Interkultureller Dialog



Ein Dossier von Renate Fries, TEAM EUROPE, c/o PID GbR Köln

Im Rahmen des Projektes „Go create Europe: Young EU Professionals“
der Bundeszentrale für politische Bildung,
der Regionalen Vertretung der EU-Kommission in Bonn
und mit freundlicher Unterstützung vom Katholisch-Sozialen-Institut, Bad Honnef

Inhalt

- I. Der Interkulturelle Dialog – eine Annäherung...**
- II. In Vielfalt geeint? Kulturelle Vielfalt in Europa....**
 - Von 6 auf 27 – EU-Erweiterungen**
 - Mobilität – sich bewegen in Europa**
 - Migration (ist nicht gleich) Integration**
 - Globalisierung – Europa als Partner der Welt**
- III. Ein Fahrplan für die Kultur in Europa:
die europäische Kulturagenda**
- IV. Das Europäische Jahr des Interkulturellen Dialogs (2008)**
- V. Apropos Dialog: Bitte einmischen!!**

I. Der Interkulturelle Dialog – eine Annäherung...

Der „**Interkulturelle Dialog**“ ist zur Zeit in vieler Munde, nicht zuletzt weil die Europäische Union das Jahr 2008 zum **Europäischen Jahr des Interkulturellen Dialogs** erklärt hat. Aber wissen wir eigentlich wovon, worüber wir reden, was damit gemeint ist?

Ende 2007 hat die Europäische Kommission eine **Eurobarometer**-Umfrage zum Thema „Interkultureller Dialog in Europa“ durchführen lassen. Über 27.000 Bürger und Bürgerinnen über 15 Jahre in allen 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union wurden befragt. Am Anfang der Interviews wurden sie gefragt, was denn „interkultureller Dialog in Europa“ für sie bedeutet. Über ein Drittel (34%) der Befragten musste „passen“: ihnen fiel dazu nichts ein! Bei den 66 Prozent, die mit dem Begriff etwas anfangen konnten, waren die Assoziationen dazu allerdings in den allermeisten Fällen positiv: Gespräch, Zusammenarbeit, Austausch und gegenseitiges Verständnis zwischen allen Nationen, Religionen und Kulturen. ¹ Und das soll es auch sein!

Das **Eurobarometer** ist eine in regelmäßigen Abständen von der Europäischen Kommission in Auftrag gegebene öffentliche Meinungsumfrage in den Ländern der EU. Dabei werden sowohl immer die gleichen Standardfragen als auch wechselnde Fragen zu unterschiedlichen Themen gestellt. Die erste Umfrage mit Standardfragen wurde 1973 veröffentlicht. Seit 1978 dient diese repräsentative Umfrage der EU-Kommission der Beobachtung und Herausbildung der Meinungsentwicklung unter der europäischen Bevölkerung. > http://www.gesis.org/en/data_service/eurobarometer/

Interaktionen – um es einmal ganz neutral zu formulieren - zwischen Menschen aus verschiedenen Kulturen sind „gang und gäbe“ in Europa. Zwei Drittel (65%) der Befragten in der o.g. Studie gaben an, im Laufe einer Woche mit mindestens einer Person, die einer anderen Religion, ethnischen Gruppe oder Nationalität angehört, zu tun gehabt zu haben. In diesem Sinne ist interkultureller Dialog, zumindest interkulturelle Begegnungen, eigentlich Alltagsrealität und „normal“ bei uns in der Europäischen Union.

Und fast drei Viertel der Europäischen Bürger und Bürgerinnen sind der Ansicht, dass Menschen mit einem anderen ethnischen, religiösen oder nationalen Hintergrund das kulturelle Leben im eigenen Land bereichern. Gleichzeitig wird in der Studie auch deutlich, dass den meisten Menschen nicht nur die kulturelle Vielfalt sondern auch Pflege und Erhalt ihrer eigenen kulturellen Wurzeln (55%) am Herzen liegen.²

Interkulturell: die Beziehungen zwischen verschiedenen Kulturen betreffend; verschiedene Kulturen umfassend, verbindend

¹ Die (wenigen) negativen Assoziationen betrafen Probleme mit Minderheiten oder Migranten.

² Die höchste Zustimmung dazu gab es in Irland und in Luxemburg, gefolgt von Frankreich, Deutschland, Finnland. Die geringste Zustimmung gab es in Malta, Zypern, Bulgarien und Rumänien.

Dialog: Gespräch (lat.: dialogus; griech.: diálogos)
Duden – Deutsches Universalwörterbuch

Die EU-Mitgliedstaaten betonen in allen europäischen Verträgen die **kulturelle Vielfalt** zu wahren. Doch geht es nicht darum, lediglich die eigene Kultur zu pflegen und andere Kulturen in Ruhe zu lassen. Die kulturelle Vielfalt Europas gewinnt an Wert, je mehr die Unionsbürger die verschiedenen Kulturen kennen lernen und ein Verständnis für sie entwickeln, sich also auf einen „**interkulturellen Dialog**“ einlassen. Dabei ist der Kulturbegriff nicht auf Kunst, Sitten und Gebräuche beschränkt. Der normale Alltag ist Teil des Kulturverständnisses.

Bereits seit vielen Jahren fördert die Europäische Union in zahlreichen Programmen und Initiativen den interkulturellen Dialog: z.B. durch Städtepartnerschaften; durch sogenannte transnationale Projekte, d.h. in den Projekten arbeiten immer Partner aus verschiedenen Mitgliedstaaten zusammen; oder auch durch die finanzielle Unterstützung europäischer Dachverbände, in denen Vertreter der Zivilgesellschaft aus allen europäischen Staaten vernetzt sind. Und natürlich ganz besonders durch die vielen von der EU initiierten und finanziell geförderten Austauschprogramme, wie **ERASMUS, LEONARDO DA VINCI, COMENIUS, KULTUR** oder **JUGEND IN AKTION**, die insbesondere jungen Menschen die Chance geben, sich für einige Zeit im Ausland weiterzubilden. Während ihres Aufenthaltes lernen sie andere Kulturen kennen – und sind gleichzeitig Botschafter ihrer eigenen Kultur.

„Malta? Wo soll das denn sein?... Ich habe fast vier Monate auf Malta verbracht! Ich habe dort an (englischen) Sprachkursen teilgenommen... Malta ist eigen, keine Frage. Die Busse fahren links (britische Relikte), die Comics im Fernsehen sind italienisch (Nachbarschaft), Strassennamen unaussprechlich (Maltesisch – no comment), 98 Prozent der Bevölkerung ist katholisch...Ich wollte Euch damit einmal einen Einblick geben, in ein Land, das noch mehr Berichte wert ist!“
bluelagoon auf www.youthreporter.de

Europäische Austauschprogramme gibt es seit über 20 Jahren und seit 1987 haben mehr als 1,5 Millionen Menschen daran teilgenommen. Noch eine Zahl zum COMENIUS Programm, das Schulpartnerschaften in Europa fördert: Im Schuljahr 2005/06 waren allein deutsche Schulen mit 1.241 Projekten an COMENIUS-Schulpartnerschaften beteiligt!

gelesen:

- Intercultural Dialogue in Europe. Summary. Flash EB No. 217. The Gallup Organization. 2007
- AusBildung. Ein Dossier von Wiebke Drescher und Felix Wagenfeld. bpb 2007

geklickt:

http://www.gesis.org/en/data_service/eurobarometer/

<http://www.na-bibb.de/>

<http://www.kmk-pad.org/>

<http://www.jugendfuereuropa.de/>

II. In Vielfalt geeint? Kulturelle Vielfalt in Europa...

Die kulturelle Vielfalt in der Europäischen Union ist beträchtlich und wächst ständig. Dafür gibt es viele Gründe, z.B. mehrere **Erweiterungsrunden** der Europäischen Union seit ihrer Gründung, die generell gestiegene **Mobilität** der Menschen, alte und neue **Migrationsbewegungen** und der intensivere weltweite Austausch in den Bereichen Handel, Bildung und Freizeit - also die **Globalisierung** im Allgemeinen.

Von 6 auf 27 - EU-Erweiterungen

Aus den bescheidenen Anfängen der Kerngemeinschaft, die mit dem visionären Plan des damaligen französischen Außenministers Schuman vom 9. Mai 1950 begann, entwickelte sich nach und nach eine Union die fast den ganzen Kontinent Europa umfasst. Die sechs Gründungsländer Deutschland, Frankreich, Italien, Belgien, die Niederlande und Luxemburg schufen die Montanunion und die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), die am 25. März 1957 gegründet wurde. Diese waren die Vorläufer der heutigen EU. 27 Staaten mit knapp 493 Millionen Menschen – ca. ein Zwölftel der Weltbevölkerung - bilden seit den Osterweiterungen 2004 und 2007 die Europäische Union.

„**Sprachenvielfalt – Luxus oder Kulturgut?**“ lautet der Titel einer aktuellen Podiumsdiskussion in Hamburg. Die EU kommuniziert derzeit in 23 gleichwertigen **Amtssprachen**: in Bulgarisch, Dänisch, Deutsch, Englisch, Estnisch, Französisch, Finnisch, Griechisch, Italienisch, Irisch (Gälisch), Lettisch, Litauisch, Maltesisch, Niederländisch, Polnisch, Portugiesisch, Rumänisch, Schwedisch, Slowenisch, Slowakisch, Spanisch, Tschechisch und Ungarisch. Die Sprachenvielfalt ist alltäglich Realität in der EU . Da jeder Rechtsakt in alle Amtssprachen übersetzt wird, sind mehr als 20% der EU-Bediensteten im Sprachendienst tätig. Die Arbeits- oder Verkehrssprachen im Brüsseler Arbeitsalltag sind Französisch, Englisch und Deutsch. **Sprache ist** ein Kernbestandteil unserer Identität und der unmittelbarste Ausdruck der Kultur - und gleichzeitig **Kulturgut**, das es zu bewahren gilt. Sprache ist elementar für (fast) jede Form von Dialog. Sprachen sind für Europäer, die zusammenarbeiten wollen, von entscheidender Bedeutung. Mehrsprachige Unternehmen und mehrsprachige Bürgerinnen und Bürger sind wettbewerbsfähiger und mobiler – auch im globalen Kontext. Daher peilt die EU „**Muttersprache + 2**“ als ein Hauptziel einer mehrsprachigen Union an. Es gibt einen **EU-Kommissar für Mehrsprachigkeit**, der den Spracherwerb der Bürger fördern soll.
> http://ec.europa.eu/commission_barroso/orban/policies/policies_de.htm#

Kroatien, die Türkei und die ehemalige Jugoslawische Republik Mazedonien sind offizielle **Beitrittskandidaten**, d.h. Die EU hat ihre prinzipielle Bereitschaft zu einer Aufnahme der Staaten erklärt und die Beitrittsverhandlungen aufgenommen, z.B. laufen die Verhandlungen mit der Türkei bereits seit 1987. Weitere Staaten, Albanien, Bosnien und Herzegowina, Montenegro, Serbien und Kosovo bewerben sich um eine EU-Mitgliedschaft. Wie lange die Verhandlungen mit jedem Land dauern und ob an ihrem Ende die Aufnahme in die EU überhaupt vollzogen wird, ist nicht absehbar. Die zukünftige Erweiterung ist abhängig vom

Reformtempo der Länder und von der Erfüllung der Beitrittskriterien, der sogenannten **Kopenhagener Kriterien**.

Die **Kopenhagener Kriterien** wurden 1993 auf dem EU-Gipfel in der dänischen Hauptstadt mit Blick auf die damals noch jungen Reformstaaten Mittel- und Osteuropas formuliert. Sie umfassen die Bedingungen, die jeder Staat erfüllen muss, bevor er in die EU aufgenommen werden kann. In jährlichen Fortschrittsberichten wird der Stand der Dinge in den Verhandlungen mit den einzelnen Staaten dokumentiert. > http://ec.europa.eu/enlargement/index_de.htm

An die Aufnahme in die EU sind umfangreiche Bedingungen geknüpft! Die EU verlangt von den Staaten eine stabile **Demokratie, Wahrung der Menschenrechte und den Schutz von Minderheiten**, eine funktionierende Marktwirtschaft und die Übernahme des kompletten EU-Rechts. Das allein sind mittlerweile über 80.000 Seiten Rechtstexte, die die Staaten in nationales Recht übernehmen müssen, um die Pflichten der EU-Mitgliedschaft zu erfüllen und die Ziele und Werte der EU zu unterstützen. Die Europäische Union ist eben auch eine **Wertegemeinschaft**. Ein Staat, in dem Menschenrechte verletzt werden, in dem es keine demokratischen Wahlen oder keine fairen Gerichtsverfahren gibt, der also die Werte, denen sich die Mitgliedstaaten verpflichtet haben nicht einhält, kann nicht Mitglied der Europäischen Union werden. Was natürlich (leider) nicht heißt, dass in den Staaten der EU keine Menschenrechtsverletzungen mehr vorkommen können.

Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit, Einhaltung der Menschenrechte: Diese Werte sind allen EU-Mitgliedstaaten gemeinsam und sie sind in den Europäischen Verträgen verankert. Die **Charta der Grundrechte** führt darüber hinaus die persönlichen, bürgerlichen, politischen, wirtschaftlichen und sozialen Rechte der Unionsbürger auf, z.B. Recht auf Bildung, Freiheit der Meinungsäußerung und Informationsfreiheit, Religionsfreiheit, etc. Mit dem **Vertrag von Lissabon**, der am 13. Dezember 2007 unterzeichnet und bis Mitte 2009 von allen Mitgliedstaaten ratifiziert werden soll, wird die Charta rechtsverbindlich, d.h. die Grundrechte können dann auch vor dem Europäischen Gerichtshof geltend gemacht werden. Laut einem Zusatzprotokoll sind allerdings das Vereinigte Königreich und Polen von der Anwendung dieser Bestimmungen ausgenommen. > http://europa.eu/lisbon_treaty/index_de.htm
Seit 2007 unterstützt auch die unabhängige **EU-Grundrechtsagentur** in Wien die Einhaltung der Grundrechte in der EU. Sie ist Nachfolgerin der seit 2000 bestehenden Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit und ist zentrale Ansprechstelle für alle EU-Institutionen im Menschenrechtsbereich. > http://ec.europa.eu/justice_home/fsj/rights/fsj_rights_agency_en.htm

Ein weiterer Aspekt für künftige Erweiterungen ist auch die **Aufnahmefähigkeit der EU**, also die Bereitschaft, neue Mitglieder aufzunehmen. Wenn man den Medienberichten glauben kann, fürchten viele Leute, dass die Aufnahme der Staaten aus dem ehemaligen Jugoslawien, die vor kurzem noch Krieg gegeneinander geführt haben, die Konflikte nicht eindämmt und reduziert, sondern im Gegenteil in die EU hinein trägt. Ähnlich skeptisch laufen die Diskussionen oft hinsichtlich der Aufnahme der Türkei: „passt“ die Türkei überhaupt in die Europäische Union?

Eine ganz bedeutende Rolle spielt dabei die **Religion**. Während die Mehrheit der Europäer einer christlichen Religionsgemeinschaft angehört, also entweder katholisch oder evangelisch ist, gehört die Mehrheit der Türken dem Islam an. Das ist für viele Menschen in der Union ein Hauptgrund für ihre Meinung, dass die Türkei nicht zu den übrigen europäischen Ländern passt und auch deshalb nicht Mitglied der EU werden sollte. Religion und **Glaube** sind sensible Themen. Dies wurde auch in den Diskussionen um die Aufnahme eines **Gottesbezugs** in die geplante Europäische Verfassung, bzw. in die Europäischen Verträge, deutlich. Hier kollidierten im Wesentlichen die (z.B. französische) Staatsauffassung eines säkularen, laizistischen Staates - mit vollständiger Trennung zwischen Staat und Kirche - mit der vor allem katholisch geprägten Auffassung einzelner EU-Mitgliedstaaten wie Polen, Irland oder Italien bzw. der deutschen Christ-Demokratie. Ergebnis ist ein Kompromiss ohne ausdrücklichen Gottesbezug, aber einen Verweis auf das religiöse Erbe Europas in der Präambel des neuen Vertrags von Lissabon.

„Schöpfend aus dem kulturellen, religiösen und humanistischen Erbe Europas, aus dem sich die unverletzlichen und unveräußerlichen Rechte des Menschen sowie Freiheit, Demokratie, Gleichheit und Rechtstaatlichkeit als universelle Werte entwickelt haben.“
Präambel. Vertrag von Lissabon. Amtsblatt der Europäischen Union C 306/10 vom 17.12.2007

Religiöse Glaubensbekenntnisse, Weltanschauungen und Überzeugungen sind fester Bestandteil jeder Kultur. In Europa gibt es nicht nur christlich-jüdische Einflüsse. So sind z.B. unsere Zahlen arabisch. Die heutige Wissenschaft und fortschrittliches Handwerk sind ohne Einfluss aus dem Orient undenkbar. Wir entspannen in prächtigen Thermalbädern und im orientalischen Dampfbad. Und auch heute kann keineswegs von einem abgeriegelten christlich-europäischen Raum die Rede sein, da es seit den 60er Jahren eine nicht unerhebliche Zahl an Einwanderern gibt, die dem Islam oder anderen Religionen angehören. In unseren multikulturellen Gesellschaften kann eine Vielfalt des Glaubens indes auch zu Missverständnissen und Ängsten führen – wie die Diskussionen um die Mohammed-Karikaturen oder den Anti-Islam-Film des niederländischen Rechtspopulisten Geert Wilders zeigen. Ein respektvoller zwischenmenschlicher Austausch, bzw. ein Dialog zwischen den Kulturen, der Aufgeschlossenheit und Wissen von einander fördert, kann dazu beitragen, diese Ängste zu überwinden.

gelesen:
Europa 2007. Wissen. Verstehen. Mitreden. Europäisches Parlament Informationsbüro für Deutschland. 2007
Meine Grundrechte in der Europäischen Union. Europäische Kommission 2004
Themendossier „Grenzen erfahren oder: Grenzerfahrungen“, bpb
Themendossier „Eine gemischte Tüte Werte und Identität bitte“, bpb
Präambel. Vertrag von Lissabon. Amtsblatt der Europäischen Union C 306/10 vom 17.12.2007
geklickt:

http://ec.europa.eu/enlargement/index_de.htm
http://ec.europa.eu/justice_home/fsj/rights/fsj_rights_agency_en.htm

Mobilität – sich bewegen in Europa

Im Jahr 2000 lebten weltweit etwa 175 Millionen Menschen außerhalb ihres Geburtslandes: das sind 46% mehr als in 1990. Es ist klar, dass die zunehmende Mobilität der Menschen Einfluss auf die kulturelle Vielfalt in unseren Breiten hatte und hat. Die „Beweglichkeit“ der Individuen ist ja quasi eine Grundvoraussetzung für jede Form von Austausch und interkulturellem Dialog. Es ist auch nicht verwunderlich, dass die Förderung der Mobilität, also des „sich bewegens“ in Europa - leben, arbeiten, lernen, reisen – eine absolute Priorität in der Europäischen Union darstellt.

Mobilität: (lat.: mobilitas) Beweglichkeit
Duden – Deutsches Universalwörterbuch
Mehr dazu:
Themendossier „Mobilität“, bpb 2008

Migration (ist nicht gleich) Integration

Migrationsbewegungen sind elementarer Bestandteil der Menschheitsgeschichte. Die Menschen sind nicht an einem Ort geblieben, sie haben sich bewegt, es hat immer schon „Völkerwanderungen“ - und damit auch einen mehr oder minder bewussten interkulturellen Austausch oder Dialog - in unserer Geschichte gegeben.

Migration: (lat. migratio) (Aus)wanderung; zu: migrare: wandern, wegziehen
Integration: (lat.: integratio) Wiederherstellung eines Ganzen, Wiederherstellung einer Einheit
Duden – Deutsches Universalwörterbuch

In den modernen Sozialwissenschaften wird **Migration** meist als „die Überschreitung der Grenze eines Staats- oder Verwaltungsgebietes für eine bestimmte Mindestdauer“ definiert. Das Thema Migration ist in den letzten zwei bis drei Jahrzehnten immens ins Licht der Öffentlichkeit gerückt. Dies liegt insbesondere an den hohen Einwanderungszahlen, die Ende des 20. Jahrhunderts in vielen Ländern aufgrund von politischen Veränderungen in Mittel- und Osteuropa, politischer Instabilität in vielen Ländern, verstärkter Globalisierung der Wirtschaft sowie Familienzusammenführung als Folge der **Arbeitsmigration** in den 60er und 70er Jahren, zu verzeichnen war.

Ca. 1,5 bis 2 Millionen **Einwanderer** kommen z.Zt. jährlich in die Europäische Union. 2006 lebten 18,5 Millionen Nicht-EU-Bürger, sogenannte **Drittstaatsangehörige**, in der Europäischen Union, das sind 3,8 Prozent der Gesamtbevölkerung von fast 493 Millionen.

Die größten Gruppen, die hier leben, sind Türken (2,3 Millionen) und 1,7 Millionen Marokkaner – gefolgt von Albanern (0,8 Millionen) und Algeriern (0,6 Millionen). Allerdings sagen diese Statistiken nicht alles. Viele Zuwanderer haben mittlerweile den Pass ihres Gastlands.

International vergleichende Statistiken sind rar, insbesondere da die Länder ihre „Migrantenpopulation“ unterschiedlich definieren, ´mal nach Nationalität (fremde Staatsangehörigkeit), ´mal nach Geburtsland (im Ausland geboren). Eine Studie der OECD³ von 2003 kommt zu dem Ergebnis, dass in den „klassischen“ Einwanderungsländern (Australien, Kanada, Neuseeland) und zwei europäischen Ländern (Luxemburg, Schweiz) der Anteil von MigrantInnen besonders groß ist. In diesen Ländern sind zwischen 19 und 33 Prozent der Gesamtbevölkerung im Ausland geboren. In Belgien, Deutschland, Frankreich, den Niederlanden, Österreich, Schweden und den Vereinigten Staaten sind zwischen 10 und 12 Prozent der Bevölkerung im Ausland geboren. Nur in Dänemark und Norwegen ist der Anteil kleiner als 10 Prozent.

Beispiel Deutschland: In Deutschland leben gegenwärtig 15,3 Millionen Menschen mit **Migrationshintergrund** aus rund 200 Staaten, d.h. sie sind selber eingewandert oder Kind bzw. Enkelkind von Einwanderern. Das sind rund 19 Prozent der deutschen Bevölkerung, allerdings sind 10 Prozent von ihnen deutsche Staatsbürger.

„Bei uns“ stellen übrigens auch Staatsangehörige aus der Türkei die größte ausländische Personengruppe, die zweitgrößte Nationalitätengruppe sind italienische Staatsangehörige, gefolgt von Menschen aus Serbien und Montenegro.

Also EU-Bürger, Nicht-EU-Bürger und Vielleicht-Demnächst-EU-Bürger und -Bürgerinnen (Serbien und Montenegro bewerben sich um die EU-Mitgliedschaft), schön gemischt...

Wie bereits erwähnt, die Gründe für Zuwanderung sind vielschichtig: In Deutschland, Österreich, Frankreich oder Schweden spielt die **Familienzusammenführung** eine große Rolle. In den 60er und 70er Jahren wurden eine große Zahl von „Gastarbeitern“ angeworben um den Arbeitskräftemangel auszugleichen. Wie der Name sagt, gingen die Regierungen davon aus, dass der Aufenthalt der Arbeiter zeitlich begrenzt sein würde. Dennoch ließen sich viele der Menschen in ihren Aufnahmeländern nieder und die Familien kamen nach. Heutzutage leben in diesen europäischen Länder viele Migranten. Anders ist es in Irland, Spanien, Italien oder Portugal. Diese sogenannten neuen Einwanderungsländer haben sich erst vor kurzer Zeit von **Entsendeländern** in **Aufnahmeländer** gewandelt: sie haben jetzt einen starken Zuzug von Arbeitskräften. In den neuen Mitgliedstaaten dagegen spielt das Thema Zuwanderung z.Z. noch keine große Rolle.

³ OECD –Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Die **Freizügigkeit** der Arbeitnehmer, gehört zu den vier Grundfreiheiten des Europäischen Binnenmarkts: d.h. jeder EU-Bürger kann EU-weit Arbeit suchen, einen Beruf ausüben und leben. (siehe auch: Themendossiers „Mobilität“ + „Grenzen erfahren oder: Grenzerfahrungen“) Die Beitrittsverträge mit den neuen, 2004 und 2007 beigetretenen, EU-Mitgliedstaaten erlauben jedoch Übergangsregelungen. So hat die deutsche Regierung – wie einige andere Staaten auch - entschieden, den Zugang zum Arbeitsmarkt für Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen aus den neuen Mitgliedstaaten zu beschränken. Diese Regelungen gelten bis 2009, maximal bis 2011. http://ec.europa.eu/employment_social/free_movement/docs/pr_de.pdf

Die Europäische Kommission respektiert ausdrücklich das Recht der Mitgliedstaaten, selbst festzulegen, wie viele Zuwanderer aus Staaten außerhalb der EU sie aufnehmen. Aber es ist auch klar, dass alle individuellen Regelungen Auswirkungen auf ganz Europa haben, z.B. auf die Arbeitsmärkte, die lassen sich nicht mehr voneinander abschotten. D.h.: eine nationale Regelung wird schnell zu einer Angelegenheit in der EU insgesamt. Erste Vorschläge für ein „gemeinsames“ Vorgehen liegen zwar auf dem Tisch, aber die Harmonisierung der Einwanderungspolitik hat noch ein gutes Stück Weg vor sich.

Die intensivere Zusammenarbeit der Europäischen Mitgliedstaaten im Bereich Migration ist noch verhältnismäßig jung. Das sogenannte **Haager Programm** zur „Verwirklichung eines Europäischen Raums der Freiheit, Sicherheit und des Rechts“ bildet den politischen Rahmen für gemeinsame Aktionen und Maßnahmen. Es wurde im November 2004 auf dem Gipfeltreffen des Europäischen Rates in Den Haag beschlossen und gilt für einen Zeitraum von 2005 bis 2009. Schwerpunkte sind die Bereiche Migration und Asyl, Zusammenarbeit der Justiz, Bekämpfung von Terrorismus und organisierter Kriminalität, sowie Grundrechtsschutz und Unionsbürgerschaft. Ratsdokument 16054/04
Der Maßnahmenkatalog umfasst auch finanzielle Hilfen, z.B. den **Europäischen Fonds für die Integration von Drittstaatsangehörigen** oder den **Europäischen Flüchtlingsfonds**.
> http://ec.europa.eu/justice_home/fsj/intro/fsj_intro_de.htm

Integration, was ist das eigentlich? Diese Frage ist auch nach einigem Nachdenken nicht leicht zu beantworten. Integration ist etwas positives, soweit ist man sich einig. Auch ist sie gut, um das Zusammenleben zu verbessern. Um Integration zu erreichen, müssen die zugewanderten Menschen etwas tun. Das ist klar. Hier hört aber der Konsens meistens auch schon auf. Was MigrantInnen „leisten“ müssen, wie viel Herkunft und eigene Kultur sie „behalten“ dürfen und was die Rolle der Mehrheitsgesellschaft ist, das ist umstritten.

„Wiederherstellung eines Ganzen, Wiederherstellung einer Einheit“ übersetzt Der Duden. Das klingt gut. Aber Integration ist ein oft mühsamer Prozess der gegenseitigen Annäherung, eines interkulturellen Dialogs seitens der Gesellschaft der Gastländer und der Zuwanderer. Er stellt eine große Herausforderung sowohl für die Migranten selbst, als auch für die einheimische Bevölkerung in den Aufnahmeländern dar. Besonders für Kinder von Migranten und **ethnischen Minderheiten** ist dies ein kritischer Prozess. Schule und Bildungseinrichtungen spielen hier eine bedeutende Rolle. Und dass das mit der Integration in den letzten Jahrzehnten nicht immer optimal gelaufen ist, ist kein Geheimnis. Nachweisbar

ist die Tatsache, dass Kinder aus einheimischen Familien in der Schule besser abschneiden als Kinder aus Migrantenfamilien. Und auch die Krawalle von Jugendlichen in den französischen Vorstädten im letzten Jahr und der zunehmende **Rassismus** in vielen Regionen Europa haben gezeigt, dass das mit der Integration und dem Dialog zwischen den Kulturen wohl doch noch etwas zu wünschen übrig lässt.

„Ich glaube schon, dass ein solcher Dialog erforderlich ist, auch was die Situation in Deutschland angeht. Das Verhältnis von Menschen mit Migrationshintergrund zum Rest ist hierzulande gestört. Das zeigt sich selbst daran, das jemand wie Udo Jürgens über die „Bild“-Zeitung kundtun darf, ausländische Kriminelle gehörten abgeschoben. Jürgens ist jemand, mit dem sich vorwiegend ältere Menschen identifizieren, aber was passiert, wenn es auf dieser Schiene weitergeht? Was kommt danach? Danach kommt vielleicht wieder ein erstarkter Rassismus. Ich glaube, dass es inzwischen einen stillen Rassismus gibt und der ist schlimmer.“

Fatih Akin, deutsch-türkischer Regisseur

Regelungen in den Bereichen Schule, Bildung, Einwanderung, Integration sind in erster Linie Angelegenheiten der einzelnen Mitgliedstaaten. Aber ganz „Europa“ kann es sich nicht leisten, einzelne Gruppen – ob aus den Mitgliedstaaten Zugewanderte, ethnische Minderheiten, Menschen aus Drittstaaten - von gesellschaftlicher Teilhabe auszuschließen. Die Bemühungen einerseits, **illegale Einwanderung** zu unterbinden, müssen flankiert werden durch Integration der in der EU lebenden Drittstaatler. Dazu gibt es einige unionsweite rechtliche Grundlagen: Es gibt Regelungen für Familienzusammenführung (Richtlinie 2003/86/EG), für langfristig Aufenthaltsberechtigte (Richtlinie 2003/109/EG) und Mindestnormen für die Anerkennung von Flüchtlingen und Staatenlosen. Das Recht auf Zugang zu Beschäftigung und Bildung sowie den Anspruch auf Gleichbehandlung sind anerkannt und die **EU-Antidiskriminierungsgesetzgebung** schützt sowohl EU-Bürger und Bürgerinnen als auch Personen, die keine EU-Bürger sind.

Im Jahr 2000 wurden die beiden sogenannten **Antidiskriminierungsrichtlinien** verabschiedet. Die Richtlinie zur Gleichbehandlung ohne Unterschied der Rasse (2000/43) und die Gleichbehandlungsrichtlinie für den Bereich Beschäftigung und Beruf (2000/78) fordern die Mitgliedstaaten auf, die Diskriminierung aufgrund der Rasse oder der ethnischen Herkunft, aufgrund der Religion oder der Weltanschauung, aufgrund des Alters, einer Behinderung oder der sexuellen Orientierung zu verbieten und durch den Gleichbehandlungsgrundsatz durchzusetzen. Verschiedene EU-Gesetze verbieten daneben die Diskriminierung aufgrund des Geschlechts. In allen Mitgliedstaaten soll so ein Mindestmaß an Schutz in diesen Bereichen gewährleistet werden. Sie hindern die Staaten nicht daran, ein höheres Schutzniveau, als in den Richtlinien gefordert wird, zu bieten. Die Umsetzung dieser Richtlinien in jeweiliges nationales Recht wurde flankiert durch das **Aktionsprogramm der Gemeinschaft zur Bekämpfung der Diskriminierung** (2001 - 2006) und das **Europäische Jahr der Chancengleichheit für alle** im Jahr 2007. Dabei wurden zahlreiche Projekte, Studien, Kampagnen zum Thema Antidiskriminierung und Rassismus durchgeführt. Auch das neue EU-Programm **PROGRESS** setzt einen Themenschwerpunkt auf Nichtdiskriminierung. > http://ec.europa.eu/employment_social/progress/index_de.htm und die Europäische Kommission hat eine **webpage „Stoppt Diskriminierung“** zu dem Thema eingerichtet > <http://www.stop-discrimination.info/>

Migration wird bei uns oft leider eher als Bedrohung und nicht als Bereicherung begriffen, dabei kann die Europäische Union es sich gar nicht leisten, auf Einwanderung zu verzichten – das zeigt allein schon der **demographische Wandel**. 2050 wird ein Drittel der heute knapp 500 Millionen EU-Bürger über 65 Jahre alt sein. In einigen Staaten wie Deutschland, Italien, Ungarn oder Litauen schrumpft die Zahl der Menschen im arbeitsfähigen Alter. Gleichzeitig schreitet der technologische Wandel weiter fort. Auf dem europäischen Arbeitsmarkt werden immer weniger einfache Tätigkeiten nachgefragt. Viele entsprechende Produktionsstätten wurden bereits in Billiglohnländer verlagert. Gebraucht werden Ingenieure, handwerklich gut ausgebildete Arbeitskräfte, Menschen mit Fähigkeiten in Informationstechnik und Kommunikation. Genau davon haben Spanien und Irland in den letzten Jahren profitiert. Sie erleichterten die Einwanderung gut geschulter Arbeitskräfte und das hat erheblich zum wirtschaftlichen Aufschwung in den beiden Ländern beigetragen. Und das ist nur der wirtschaftliche und noch nicht einmal der (positive) kulturelle Aspekt! Man denke an all die vielen „bunten“ Einflüsse in Musik, Theater, Kunst und Literatur...

Globalisierung - Europa als Partner der Welt

Die Europäische Union wird nicht nur als Handelsmacht gesehen. Die mittlerweile 27 Staaten unter einem Dach, die ihre politischen und wirtschaftlichen Ressourcen bündeln, stellen nach außen auch eine Erfolgsgeschichte dar. Das „Modell“ der Europäischen Union trifft weltweit auf Resonanz – weil es auch für Frieden und Respektierung der Menschenrechte steht.

Es gibt in dem Sinne noch keine echte eigenständige europäische Außenpolitik. Außen- und Sicherheitspolitik ist ein sensibles Feld nationaler Politik. Mit der neuen Funktion eines **Hohen Vertreters/in der Union für Außen- und Sicherheitspolitik**, den der Vertrag von Lissabon vorsieht, sollen Kompetenzen gebündelt und das einheitliche Auftreten der EU nach außen gestärkt werden. Die Regierungen der EU-Staaten arbeiten aber schon länger in außenpolitischen Bereichen zusammen, z.B. im Rahmen der **Europäischen Nachbarschaftspolitik**, mit der insbesondere Reformbestrebungen der Nachbarländer in den Bereichen Demokratisierung und Wirtschaft unterstützt werden. Dabei reichen die „Nachbarländer“ von Armenien über Marokko bis in die Ukraine. Hunderte von Experten aus der ganzen EU arbeiten täglich mit ihren Kollegen in den Partnerländern zusammen um Reformen voranzubringen und Knowhow in den verschiedensten Bereichen zu vermitteln. > http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/index_7697_de.htm

Die **Globalisierung** schreitet voran, Migrationsströme verschieben sich. Doch die internationale Verständigung hält nicht immer Schritt: So scheitern z.B. Kooperationen zwischen Unternehmen verschiedener Nationen nicht selten an unterschiedlichen kulturellen Werten. Das Vermitteln der „Dos“ und „Don´ts“ für das ferne Land nutzt da wenig, vielmehr muss mehr Gefühl für den Umgang mit fremden Kulturen geschaffen werden.

„Europa ist ein positives Projekt!“

Juri Kasparow, ehem. russischer Schachweltmeister

„Die Europäische Union – das visionärste Projekt in der gegenwärtigen Welt!“

Jeremy Rifkin, US-Ökonom

„Die Welt braucht eine stärkere Stimme Europas, und zwar jetzt....Das große Thema des nächsten Jahrzehnts wird sein, was Europa in der Welt jenseits seiner Grenzen (und für sie) tun wird.“

Timothy Garton Ash, UK-Historiker

Die Themen „Europa als Partner in der Welt“ und der „interkulturelle Dialog“ stehen in einem unmittelbaren Zusammenhang. Die Beziehungen, die Politik und Wirtschaft innerhalb und außerhalb des Binnenmarktes unterhalten, beschränken sich nicht nur auf die diplomatische Ebene oder den Handel mit Waren und Dienstleistungen. Bei allen Begegnungen treffen auch Kulturen zusammen, tauschen sich aus, reiben sich aneinander. „Europa als Partner in der Welt“ ist gefragt. Und das Bewusstsein, dass die auswärtige Kulturarbeit quasi die dritte Säule der Außenpolitik ist, nimmt zu. So kommt im Zuge der Globalisierung auch dem **interkulturellen Dialog mit Staaten außerhalb der EU** eine immer größere Bedeutung zu.

gelesen:

EU-Nachrichten. Themenheft Nr 21. Einwanderung, Integration, Migration. Europäische Kommission 2007

Dritter Jahresbericht über Migration und Integration. Europäische Kommission 2007

Gleichbehandlung und Antidiskriminierung. Jahresbericht 2006. Europäische Kommission 2006
Immer sensibel bleiben. Interkulturelle Kommunikation; in: managerSeminare. Heft 92, November 2005

EU-Nachrichten. Themenheft Nr 22. Europa als Partner in der Welt. Europäische Kommission 2008

geklickt:

http://ec.europa.eu/justice_home/fsj/immigration/docs/com_2007_512_de.pdf

http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/index_7384_de.htm

http://ec.europa.eu/justice_home/fsj/intro/fsj_intro_de.htm

III. Ein Fahrplan für die Kultur in Europa: die europäische Kulturagenda

Die **Kultur** ist ein Kernstück des europäischen Projekts. Kunst und Kultur tragen wesentlich zum Reichtum Europas und zur immer wichtiger werdenden Findung und Formulierung seiner Werte bei. Dabei ist eines der Hauptmerkmale Europas seine kulturelle und sprachliche Vielfalt. **In Vielfalt geeint** lautet das Motto der Europäischen Union!

In Vielfalt geeint. Das Motto der Europäischen Union wurde im Rahmen eines Wettbewerbs ermittelt, an dem sich 80 000 Jugendliche zwischen 10 und 20 Jahren aus den damals 15 Mitgliedstaaten beteiligt hatten. Bis in die Endrunde hatten es folgende Vorschläge geschafft: „Friede, Freiheit, Solidarität“; „Unsere Unterschiede sind unsere Stärke“; „Zu Frieden und Demokratie geeint“; „In Freiheit geeint“; „Ein alter Erdteil, neue Hoffnung“; „Alle verschieden, alle Europäer“ und „Einheit in Vielfalt“. Gewonnen hat schließlich der letztgenannte Vorschlag, der aber bald darauf leicht abgeändert wurde: „In Vielfalt geeint“ (statt „Einheit in Vielfalt“).
> http://europa.eu/abc/symbols/index_en.htm

Es hat erstaunlicherweise lange gedauert, bis man auf politischer Ebene erkannt hat, dass die Kultur einen wichtigen Beitrag zum „Projekt Europa“ leistet und dass es einen direkten Zusammenhang zwischen Kultur und Akzeptanz des europäischen Projekts durch die Bürger gibt. Kunst und Kultur eröffnen den Menschen oft eine inspirierende Sichtweise auf die Realität, machen Gemeinsamkeiten und Unterschiede erfahrbar und fördern die Entwicklung einer gemeinsamen Identität.

„Tatsächlich kann die Kultur ja manches mindestens so gut wie die Politik: Vertrauen und Verständnis bei den nahen und fernen Nachbarn wecken..., für Werte wie Toleranz und Meinungsfreiheit, für den Dialog der Kulturen. In diesem Sinne ist die Kulturarbeit ein Beitrag zur Friedenssicherung. So einfach ist das und so toll“.
Martin Oehlen, Journalist.

Die Grundlage für Aktivitäten der Europäischen Union im Bereich Kultur wurde erst 1999 mit dem Inkrafttreten des Amsterdamer Vertrags gelegt. Zwar bleibt Kultur in erster Linie eine Angelegenheit der Mitgliedstaaten - in einigen Staaten ist sie sogar Sache der Länder und Regionen, wie bei uns in Deutschland z.B. - aber die Europäische Union kann Austauschprojekte anregen und koordinieren. Insbesondere soll sich die Union um die Verbesserung der Kenntnis und Verbreitung der Kultur und Geschichte der europäischen Völker, den Erhalt und den Schutz des kulturellen Erbes von europäischer Bedeutung, den nichtkommerziellen Kulturaustausch sowie die Förderung des künstlerischen und literarischen Schaffens kümmern. Die Förderprogramme **KULTUR** (2007 – 2013) und **MEDIA**, z.B., fördern zahlreiche kulturellen Kooperationen und Projekte.

Ein großer Schritt wurde Ende letzten Jahres getan: Auf ihrer offiziellen Sitzung im November haben die Kulturminister der Europäischen Mitgliedstaaten die sogenannte

„Mitteilung über eine **europäische Kulturagenda** im Zeichen der Globalisierung“ abgesegnet und damit – zumindest die ersten Ansätze – für eine europaweite gemeinsame Strategie im Bereich Kultur vorgelegt. Drei große Ziele beinhaltet dieser Fahrplan für die europäische Kultur bis 2010:

- die Förderung der kulturellen Vielfalt und des interkulturellen Dialogs,
- die Förderung der Kultur als Wirtschaftsfaktor (Kulturwirtschaft), und
- die Förderung der Kultur als wesentlicher Bestandteil der internationalen Beziehungen der Union.

Der **Kultur wird damit also ein hoher Stellenwert im gesamten politischen Gefüge** innerhalb und außerhalb der Europäischen Union eingeräumt. Künftige Maßnahmen der EU sollen sich an diesen Zielen ausrichten.

Dazu hören aber auch ganz praktische Maßnahmen, wie z.B. die Verbesserung der Mobilität von Künstlern und Kulturschaffenden, die Förderung von Kulturtourismus, die Förderung von Vielsprachigkeit, oder auch ganz handfeste Projekte wie der Aufbau der Europäischen Digitalen Bibliothek, die noch vor Ende 2008 als Prototyp vorgestellt werden soll. Sie soll den direkten Zugriff auf mindestens 2 Millionen Bücher, Karten und Fotos sowie Archivbestände und Filmmaterial ermöglichen - unser Europäisches kulturelles Erbe für jedermann!

gelesen:

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen über eine europäische Kulturagenda im Zeichen der Globalisierung (KOM (2007) 242 endg.

Die Kulturpolitik der Europäischen Kommission. EC, DG EAC, in: Jahrbuch für Kulturpolitik 2007.

Thema: Europäische Kulturpolitik. Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft (Hrsg). Bonn 2007

geklickt:

http://ec.europa.eu/culture/portal/index_de.htm

http://ec.europa.eu/information_society/media/index_en.htm

IV. Das Europäische Jahr des interkulturellen Dialogs (2008)

Seit Anfang der Achtziger Jahre ruft die Europäische Union „**Europäische Jahre**“ aus. Damit werden bestimmte Themen und Anliegen in ein breiteres Licht der Öffentlichkeit gerückt. In den Europajahren sollen Aktionen, Veranstaltungen und allgemeine Öffentlichkeitsarbeit für eine größere Akzeptanz des jeweiligen Anliegens sorgen. So war z.B. 1987 das Europäische Umweltjahr, 1993 das Europäische Jahr der älteren Menschen, 1997 das Europäische Jahr gegen Rassismus – und 2008 wurde zum Jahr des interkulturellen Dialogs ausgerufen.

„Interkultureller Dialog kommt in den verschiedensten Gestalten und Formen zum Ausdruck, innerhalb von Kunst, Wissenschaft und Migration. Wir sollten die Gelegenheit willkommen heißen, von und über andere Kulturen zu lernen“
Paulo Coelho, brasilianischer Schriftsteller und Botschafter für das EJID

Das **Europäische Jahr des interkulturellen Dialogs (2008)** ist zuallererst eine Würdigung der Besonderheit und des Vorteils, den die große kulturellen Vielfalt in Europa bedeutet. Zum anderen ist es Ziel des Jahres, den interkulturellen Dialog zu fördern und zu intensivieren: es soll Menschen in Europa dazu ermutigen, sich auf andere Kulturen und Lebensentwürfe einzulassen, sowohl im persönlichen Lebensumfeld als auch im Austausch mit anderen Ländern – und das innerhalb und außerhalb der Europäischen Union.

„Im 21. Jahrhundert steht Europa vor einer neuen Herausforderung: Es muss zu einer interkulturellen Gesellschaft werden, deren Grundlage der respektvolle, gleichberechtigte Dialog von Individuen und Gruppen mit unterschiedlichem kulturellen Hintergrund bildet. Wir müssen den Anstoß für eine echte Verwandlung unserer Gesellschaft geben.“
Ján Figel, EU-Kommissar für allgemeine und berufliche Bildung, Kultur und Jugend.

Politisch gesehen, stellt das Europäische Jahr des Interkulturellen Dialogs einen ersten Schritt zur Umsetzung des neuen kulturpolitischen Fahrplans, der europäischen Kulturagenda dar - und die Anerkennung des **Interkultureller Dialogs** als ein **Instrument zur Förderung der europäischen Integration**.

Das Europäische Jahr des Interkulturellen Dialogs (EJID 2008) ist Anfang Januar in der slowenischen Hauptstadt Ljubljana offiziell eröffnet worden. In Deutschland fiel mit einer großen Auftaktveranstaltung in Berlin der Startschuss für das EJID. Es wird hier federführend vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend getragen. Neben acht „großen“ nationalen Projekten, die mit Geldern aus den EU-Töpfen ko-finanziert werden, wird es viele Veranstaltungen mit Bezug zu Kultur, Bildung, Sport, Migration, Religion und Minderheiten geben - und das natürlich in allen Mitgliedstaaten.

Mit dem Wettbewerb »**Kulturen vor meiner Haustür**« will die Europäische Kommission insbesondere junge Menschen herausfordern, ihr Bild des interkulturellen Dialogs festzuhalten. Teilnehmen können alle Einwohner Europas gleich welchen Alters und welcher Herkunft. Der Vorstellungskraft und Kreativität sind keine Grenzen gesetzt. Einsendeschluss ist der 30. Juni 2008.
> <http://www.street-cultures.eu/843.html?L=1>

Auch auf europäischer Ebene werden Projekte, Wettbewerbe oder internationale Konferenzen durchgeführt, allein über 40 mit Nicht-EU-Staaten stehen bis zur Jahresmitte auf dem Programm. Eine webpage ermöglicht den Austausch guter Projektideen und u.a. wurden renommierte Künstler als Botschafter für das Europäische Jahr des Interkulturellen Dialogs ernannt.

gelesen:

Entscheidung 1983/2006/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Dezember 2006 zum Europäischen Jahr des interkulturellen Dialogs

Nationale Strategie für Deutschland zur Umsetzung des interkulturellen Dialogs 2008. 17.12.2007

EU-Nachrichten. Themenheft Nr 22. Europa als Partner in der Welt. Europäische Kommission 2008

geklickt:

www.dialogue2008.eu

V. Apropos Dialog: Bitte einmischen!!

Schon ´mal ´was von „**Debate Europe**“ gehört?

Nein?! Dann: http://europa.eu/debateeurope/index_de.htm

Schon ´mal ´was vom **Europäischen Jugendportal** gehört?

Ja?! Trotzdem: http://europa.eu/youth/index.cfm?l_id=de